

Deregulierung ist für den Schweizer Wirtschaftsstandort unerlässlich

69 000 Seiten Bundeserlasse sind zu viel

Von Magdalena Martullo-Blocher

Seit die Schweizerische Nationalbank am 15. Januar 2015 den Mindestkurs des Schweizer Frankens zum Euro aufhob, leidet die Schweizer Wirtschaft unter einer starken relativen Verteuerung ihrer Produkte. Zahlreiche Branchen – die Exportindustrie, der Tourismus, der Detailhandel – und Regionen (Grenzregionen) trifft es einschneidend. In den letzten Wochen haben verschiedene Firmen grössere Stellenabbau-Pläne bekannt gegeben.

Die Schweiz weist eine so hohe Arbeitslosenrate auf wie seit sechs Jahren nicht mehr. Eine internationale Konjunkturverschlechterung könnte zu einem zusätzlichen Stellenabbau führen.

Ein Hauptanliegen der Wirtschaft

In dieser Situation fordern Unternehmen und Wirtschaftsverbände von der Politik aber nicht etwa mehr Subventionen oder eine bundesweite «Industriepolitik» wie in vergleichbaren Situationen im Ausland üblich, sondern einheitlich einen Abbau der überhandnehmenden Regulierung.

Ist die Überregulierung ein «subjektives» Phänomen – wie es der Bundesrat ausdrückt – oder ist sie auch objektiv messbar vorhanden? Was ist zu tun?

Das Weltwirtschaftsforum (WEF) fragte Ende 2015 nach; als grösstes Problem der Schweizer Unternehmen wurde die Überregulierung genannt. Auch bei den geschäftlichen Hürden liegt die Schweiz weit hinter den führenden asiatischen Staaten zurück. Unternehmen wenden am liebsten ihre Zeit, ihre personellen und ihre finanziellen Ressourcen für eine erfolgreiche Führung ihres Geschäftes auf. Regulierungen, die sie daran hindern, werden als bedeutende Standortnachteile wahrgenommen und ziehen Abwanderungen oder fehlende Neuansiedlungen nach.

Regulierung kostet massiv

Eine Studie des Schweizerischen Gewerbeverbandes beziffert die Regulierungskosten, wie sie bei Unternehmen, Bürgern und Verwaltung anfallen, mit jährlich 60 Milliarden Franken oder 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das ist mehr, als der Beitrag der Maschinenindustrie am Schweizerischen BIP ausmacht! Der Bundesrat selber schätzt die Kosten der wichtigsten Regulierungen allein auf 10 Milliarden Franken pro Jahr: Für die Lebensmittelhygiene 1,3 Milliarden Franken, für Hochbau-Bewilligungen 1,6 Milliarden Franken oder 6 Prozent des Bauvolumens, für die 4000 Seiten Umweltrecht 1,8 Milliarden Franken, für die 850 Seiten Arbeits- und Unfallsicherheit 1,2 Milliarden Franken. Umbau- und Erneuerungsbauten werden durch die Regulierung bis zu 32 Prozent teurer. Damit wird die Investitionsfreude von Unternehmen bedeutend gebremst.

Beispiel Baubewilligungen

Bei der Ems-Chemie wollten wir die Kapazität für Hochtemperatur-Kunststoffe (über 96 Prozent Exportgeschäft) in Domat/Ems (GR) ausbauen. Der Kapazitätsausbau benötigte einen kleinen Aufbau auf einem bestehenden 11-stöckigen Produktionsgebäude. Das Gebäude stammt ursprünglich aus den 1960er-Jahren. Im Bewilligungsverfahren erhielten wir die Auflage, mit dem Aufbau auch das gesamte 11-stöckige Gebäude nach den neusten Brandschutzvorschriften auszurüsten. Diese zusätzlichen Kosten von einer Million Franken machten die gesamte Ausbauiinvestition in der Schweiz unrentabel.

An unserem 37-jährigen Standort Romanshorn (TG) bekamen wir unvermittelt so viel strengere Umweltauflagen, dass sich mit diesen Kosten gleich die Verlagerung des gesamten Standorts gerechnet hätte. In Domat/Ems bürdete man uns bei der Renovation unserer 30-jährigen Qualitätsprüfung-Labors auch noch eine zusätzliche Feuertreppe für 200 000 Franken auf.

Wir rangen in diesen Fällen aufwendig mit den Behörden um bessere



«Packen wirs an.» Magdalena Martullo-Blocher bei der Präsentation des Jahresabschlusses 2015 der Ems-Gruppe. Foto Keystone

Lösungen und für den Erhalt der Standorte. Es gelang uns, mit den kantonalen Stellen dank deren Verständnis für die wirtschaftlichen Konsequenzen günstigere und ebenso wirkungsvolle Lösungen zu finden und so die Investitionen in der Schweiz zu halten. Jeder ausländische Investor hingegen – und auf diese sind wir in der Schweiz angewiesen – würde wohl kaum solche Bemühungen auf sich nehmen, sondern kapitulieren und anderswo investieren.

Regulierte Finanzbranche

Massiv auf dem Vormarsch ist die Regulierung des Finanzbereichs. Seit der Finanzkrise wurde diese massiv ausgeweitet und die weitreichenden Kompetenzen der Finanzmarktaufsicht (Finma) ausgebaut. Um die Eigenmittelfinanzierung für Banken zu regeln, genügten 2002 beispielsweise noch 30 Seiten. 2004 waren es bereits 347 Seiten und mit Basel III beträgt das Regelwerk 2015 nun stattliche 616 Seiten. Der Chefökonom Schweiz der UBS beziffert die daraus entstehenden Zusatzkosten allein für die UBS auf 900 Millionen Franken pro Jahr. Innerhalb von fünf Jahren erhöhte sich der Personalbestand der Finma um 44 Prozent auf 481 Mitarbeiter, die Gebühren und Abgaben gar um 66 Prozent auf 142 Millionen Franken! Die Finma publizierte in diesem

Zeitraum 61 Rundschreiben mit insgesamt 1000 Seiten, welchen gesetzlicher Charakter zukommt – ohne dass sie den Rechtsetzungsprozess durch das Parlament je durchlaufen mussten.

5,6 Kilo Lebensmittelverordnungen

Die vor einem halben Jahr vom Bundesrat in die Vernehmlassung geschickte neue Lebensmittelverordnung umfasst 2000 Seiten, wiegt 5,6 Kilogramm und verursacht bei den betroffenen Unternehmen einmalige Regulierungskosten von 270 Millionen Franken und jährliche Kosten von 46 Millionen Franken. Neu sollen allergene Stoffe rückverfolgt und deklariert

Der Personalbestand der Finma erhöhte sich innerhalb von fünf Jahren um 44 Prozent.

werden – auf der Speisekarte oder auf der Verpackung. Badewasser und Duschwasser werden als Lebensmittel reguliert, obwohl diese bereits kantonal detailliert geregelt werden. Die Auswirkungen daraus treffen direkt den Tourismus und den Detailhandel – Branchen, die sowieso schon ausgeprägt unter dem starken Franken leiden. Jedes Restaurant und jedes Hotel

würde mit 4000 Franken einmalig und jährlich 575 Franken rechnen müssen.

Wie ich von meiner Schwester vom Lächerli Huus erfahren habe, mussten die KMU-Verbände Biscosuisse und Chocosuisse mehr als 200 Stunden aufwenden, um diese 2000 Seiten Verordnung in der Vernehmlassung überhaupt zu studieren. Glücklicherweise wurde diese Verordnung bisher nicht eingeführt und wird es hoffentlich nie ...

Wohin führt das?

Gibt es auch objektiv ein Problem mit der Regulierung? Ja, die Zahlen belegen es: Seit 1984 wächst die Anzahl Bundeserlasse stetig. Seit 1990 hat sich das Wachstum verdoppelt. Am 1. 1. 2016 waren 4900 Bundeserlasse mit insgesamt 69000 Seiten in Kraft. Jede Woche kommen 120 zusätzliche Seiten Bundesrecht dazu. An einer einfachen Strassenkreuzung spielen bereits 140 Erlasse eine Rolle. Alarmierend ist, dass mehr als die Hälfte aller Bundeserlasse heute Staatsverträge sind, Tendenz stark steigend! 30 Prozent machen die Verordnungen der Verwaltung aus, die im Schnitt doppelt so lange ausfallen wie die Gesetze selber. 90 Prozent aller Bundeserlasse gehen also direkt auf den Bundesrat und die Verwaltung zurück! Das Parlament verantwortet nur 10 Prozent, die Volksinitiativen machen sogar nur ein Prozent aller Bundeserlasse aus.

Wohin führt die Überregulierung? Sie führt dazu, dass wir die Tausenden von Regelungen gar nicht mehr kennen und anwenden können. Würden wir sie einhalten, würden wir nämlich schlicht lahmgelegt. Die Rechtsordnung wird zunehmend bedeutungslos und verkommt zu einem Instrument, das im Streitfall zum Tragen kommt. In einem Rechtsfall kämmen teure Anwälte – die Anzahl Anwälte in der Schweiz ist übrigens in den letzten zehn Jahren um 30 Prozent gestiegen – Tausende von Seiten akribisch nach Argumenten durch. Am Schluss trifft der Richter auf deren Basis einen Entscheid, welcher vom Alltag weit entfernt ist und ausser von den Juristen von niemandem mehr verstanden wird.

Bisherige Versuche gescheitert

Schon verschiedene politische Vorstösse hatten die Deregulierung zum Ziel. 2008 wurden denn auch 199 veraltete Erlasse eliminiert und 161 gekürzt. Nur zweieinhalb Jahre später war diese Reduktion aber bereits wieder durch neue Erlasse kompensiert worden. In Bezug auf die gesamte Anzahl Seiten war überhaupt keine Entlastung zu spüren. Im März 2015

Was ist zu tun? Das Parlament muss dem Bundesrat den Auftrag «one in, two out» erteilen.

gaben die drei grossen Parteien SVP, FDP und CVP den bürgerlichen «Schulterchluss» bekannt, welcher ein konkretes Massnahmenpaket zur Stärkung des Standorts Schweiz umfasste. Leider ist er kurz darauf wieder auseinandergefallen und bis heute nicht wieder aufgenommen worden.

Für neue Regulierungen werden heute die Kosten vorab abgeschätzt. Dies macht das entsprechende Bundesamt jeweils im Rahmen einer sogenannten Regulierungsfolgenabschätzung (RFA). Im Ausland wendet man darauf basierend sogenannte «one in, one out»- oder «one in, two out»-Klauseln an: Neu eingeführte Regulierungskosten müssen gleichzeitig durch wegfallende (einfach oder doppelt so hohe) Regulierungskosten kompensiert werden.

Jetzt müssen wir handeln

Was ist zu tun? Das Parlament muss dem Bundesrat und der Verwaltung den Auftrag «one in, two out» erteilen. Nach zehn Jahren würden wir damit wenigstens wieder auf den Regelungsbestand von 2007 (vor der Finanzkrise) zurückgehen. Diesen könnte man anschliessend mit «one in, one out» einfrieren. Die Eliminierungsvorgaben müssen besonders auch Staatsverträge und Verordnungen umfassen. Beim internationalen Recht müssen wir aufhören, uns wie Musterschüler zu benehmen. Nach dem Grundsatz «Gleichwertigkeit statt Nachvollzug» müssen die oft einfacheren Regelungen der Schweiz durchgesetzt werden. Auf keinen Fall darf es zu einer automatischen und dynamischen Übernahme von EU-Recht kommen. Das EU-Recht wächst nämlich noch viel rasanter als das schweizerische.

Die Schweiz braucht Standortverbesserungen. Den Auftrag zur Deregulierung an den Bundesrat und das Parlament zu erteilen, ist Sache des Parlaments und der Bürgerlichen. Ich rufe deshalb die anderen bürgerlichen Parteien auf, ihre Kräfte gemeinsam für die Deregulierung zu mobilisieren. In dieser Legislatur haben wir die Chance, die Standortvorteile der Schweiz bedeutend zu stärken. Wenn wir nicht handeln, nimmt die Regulierung rasant weiter zu, der Standort wird unattraktiv und für wirtschaftliche Aktivitäten blockiert. Das kann wirklich nicht unser Ziel sein. Packen wirs an!

Magdalena Martullo-Blocher ist Mehrheitsaktionärin und Delegierte des Verwaltungsrates der international tätigen Ems-Gruppe sowie Nationalrätin der SVP Graubünden. Beim vorliegenden Text handelt es sich um eine leicht gekürzte Fassung des Referats, das sie anlässlich der Präsentation des Jahresabschlusses 2015 der Ems-Gruppe am 5. Februar 2016 in Zürich hielt.